

MELDUNGEN DES TAGES

Berlin gedenkt der Opfer des Mauerbaus vor 53 Jahren



Verlegerin Friede Springer (v.l.), Gisela Geue, Schwester des an der Mauer erschossenen Peter Fechter, und Klaus Wowereit (SPD). Foto: dpa

Berlin. Berlin erinnert am 53. Jahrestag des Mauerbaus an die Opfer der deutschen Teilung. Am Mahmal der zentralen Mauer-Gedenkstätte legte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gestern einen Kranz nieder. Politiker verschiedener Parteien mahnten, Freiheit und Demokratie immer wieder neu zu verteidigen. Am 13. August 1961 hatte die SED-Führung unter Walter Ulbricht mit dem Bau der Mauer begonnen. Wowereit erklärte, die Erinnerung an den Mauerbau und die Opfer sei eine Zukunftsaufgabe. Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, forderte, jungen Menschen in der Schule verstärkt die Teilungsgeschichte zu vermitteln. dpa

In Jobcentern nur noch Vorschuss als Darlehen

Nürnberg. Hartz-IV-Empfänger, denen vorzeitig das Geld ausgeht, sollen auch künftig einen Vorschuss erhalten können – allerdings als zinsloses Darlehen. Dazu ist nun beim Jobcenter ein formeller, aber einfacher Antrag nötig, wie eine Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit gestern mitteilte. Darlehen hätten zudem den Vorteil, dass sie anders als Vorschüsse in Teilen zurückgezahlt werden könnten. Grund der Änderung sei die Einführung einer neuen Software, die vom 18. August an ein älteres Programm ablöse, so die Sprecherin. dpa

Merkel will Renteneinheit in Ost und West bis 2020

Berlin. In Ostdeutschland sollen nach dem Willen von Bundeskanzlerin Angela Merkel spätestens im Jahr 2020 genauso hohe Renten gezahlt werden wie im Westen. „2020 soll die Renteneinheit erreicht sein“, sagte die CDU-Politikerin der „Sächsischen Zeitung“. Die Koalition werde bis 2017 ein Gesetz verabschieden, „das den Fahrplan zur vollständigen Angleichung der Rentenwerte in Ost und West festschreibt“. Nach der Erhöhung vom 1. Juli wird im Westen eine Standardrente von 1287 Euro gezahlt, im Osten sind es 1187 Euro. dpa

ZITAT DES TAGES

„Wenn etwa Gazprom bei einem Besuch Kaviar und teuren Champagner auffährt, dann sollten die Mandatsträger höflich ablehnen.“

Christian Humborg, Geschäftsführer von Transparency International, fordert, dass Bundestagsabgeordnete künftig alle Einladungen über einem Wert von 150 Euro ablehnen. Die Organisation fordert, der Bundestag solle eine entsprechende Grenze für die Annahme von Einladungen festsetzen.



Präsidentenskandidat stirbt bei Flugzeugabsturz

Sao Paulo. Der Kandidat der Sozialistischen Partei PSB, Eduardo Campos, ist gestern bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Der 49-Jährige war an Bord einer Cessna 560X, die aus ungeklärter Ursache in Santos, rund 60 Kilometer von São Paulo, abstürzte. Angaben über mögliche weitere Todesopfer gab es zunächst nicht. An Bord waren mehrere Passagiere. Das Flugzeug kam aus Rio de Janeiro. dpa

Obama mahnt nach Krawallen zur Ruhe

Washington. Nach den tödlichen Schüssen eines jungen unbewaffneten Schwarzen durch einen US-Polizisten in Missouri hat US-Präsident Barack Obama zur Ruhe gemahnt. Der Tod des 18-Jährigen sei schmerzlich, erklärte Obama. Der Todesfall habe „starke Emotionen ausgelöst“, erklärte er mit Blick auf Krawalle nach den Todesschüssen in der Stadt Ferguson. dpa



Barack Obama bedauert den Tod eines schwarzen Jugendlichen. (dpa)

Neuer Terroristenjäger bei Bundesanwaltschaft

Karlsruhe. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat wieder einen obersten Terroristenjäger: Bundesanwalt Thomas Beck ist zum neuen Leiter der „Abteilung Terrorismus“ ernannt worden. Der 58 Jahre alte Jurist ersetzt Rainer Griesbaum, der Ende 2013 in den Ruhestand gegangen war. Er freue sich darüber, dass sein Team nun wieder komplett sei, teilte Generalbundesanwalt Harald Range gestern nach der Ernennung Beck mit. Der neue Abteilungsleiter führte unter anderem den Prozess gegen die rechten Brandstifter von Solingen. Bei dem Anschlag 1993 waren fünf Menschen gestorben. dpa

Weitere Milliarden für den Hochwasserschutz

Breitenhagen. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat einen zusätzlichen Milliardenbetrag des Bundes für den Hochwasserschutz in Aussicht gestellt. „Wir werden zusätzliche Bundesmittel zur Verfügung stellen“, sagte sie gestern bei einem Besuch der Deiche am Zusammenfluss von Saale und Elbe südlich von Magdeburg. Sie gehe davon aus, dass in den kommenden zehn Jahren bis 1,2 Milliarden Euro zusätzlich benötigt würden. Wichtig sei vor allem, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben, sagte Hendricks. dpa

Frontalangriff auf die Pipeline



„Bau-Stopp für Bayer-Giftgas-Pipeline“ steht auf dem Helm eines besorgten Anliegers in Monheim. Foto: dpa

GERICHT Anlieger aus dem Kreis Mettmann klagen vor dem OVG gegen das Rohrleitungsgesetz – auf dessen Grundlage sie enteignet wurden.

Von Arnulf Ramcke

Monheim/Münster. Die umstrittene Rohrleitung Deutschlands ist 67 Kilometer lang. Sie verläuft durch Teile von Düsseldorf und fünf Städte des Kreises Mettmann. Verlegt hat sie die Bayer MaterialScience AG zwischen ihren Produktionsstandorten Krefeld-Uerdingen und Dormagen, um Kohlenstoffmonoxid durchzuleiten. Ein Stoff, den das Unternehmen für chemische Produktionsprozesse nutzt.

Ob Bayer jedoch jemals auf die Rohr-Verschickung des giftigen Gases wird setzen können, beschäftigt seit Jahren Gerichte – und heute in 14 Tagen die Richter am Oberverwaltungsgericht in Münster.

Sicherheitsaspekte stehen bei der Verhandlung nicht im Vordergrund

Vorrangig geht es dann aber nicht darum, ob die Trasse Erdbeben standhalten würde oder Menschen bei einem Leck eine Chance hätten, sich vor dem unsichtbaren und geruchlosen Gas

in Sicherheit zu bringen. „Wir sprechen von einer Wurzelbehandlung“, sagte gestern der Düsseldorfer Rechtsanwalt Jochen Heide. Er vertritt den Landwirt Hans-Josef Muhr aus Monheim, einen der insgesamt vier Kläger gegen die Inbetriebnahme der umstrittenen Pipeline. Drei weitere wohnen in Langenfeld und Leichlingen.

Mit „Wurzelbehandlung“ meint Jochen Heide einen Frontalangriff gegen das sogenannte Rohrleitungsgesetz vom März 2006, auf dessen Grundlage Muhr enteignet wurde, damit die Pipeline planmäßig verlegt werden konnte. Der 80-Jährige empfindet es als tiefe Ungerechtigkeit, dass er Grund abgeben musste, damit Bayer Gewinne machen kann.

„Daher klagen wir nicht gegen Bayer, sondern gegen das Land, das dieses Gesetz erlassen hat“, sagt Heide. Der gesamte Planfeststellungsbeschluss, also die Baugenehmigung für die CO-Pipeline, baue darauf auf. Falle das Gesetz weg, habe sich die

Diskussion über die Rechtmäßigkeit des Gas-Transports erledigt. „Bayer ist zum Land gegangen, um über das Gesetz enteignet zu werden, statt sich in Kaufverhandlungen mit den Besitzern zu begeben“, skizzierte Heide seine juristische Auslegung der Dinge.

Die letzte Entscheidung liegt beim Bundesverfassungsgericht

Ob die Richter in Münster dieser Sichtweise folgen, ist unerblicklich. Sie haben nicht die Befugnis, ein Gesetz zurückzunehmen. Daher geht es am 28. August im doppelten Sinne um Durchleitung: In einem nichtöffentlichen Erörterungstermin mit Klägern und Beklagter im Februar dieses Jahres haben die Richter des Oberverwaltungsgerichts nach Informationen unserer Zeitung bereits signalisiert, das Verfahren ans Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe weiterreichen zu wollen. Dessen Richter haben die Macht zu entscheiden, ob ein Gesetz rechtmäßig ist oder nicht.

KOMMENTAR

Von Arnulf Ramcke



Geschickter Schachzug

Seit Jahren tobt der Streit zwischen der Bayer AG und Gegnern der CO-Pipeline um Sicherheitsfragen. Die Dicke der Schutzmatte wird da ebenso zum abendfüllenden Thema wie die Qualität von Schweißnähten zwischen den Rohren. Für die Menschen entlang der Trasse können diese Faktoren überlebenswichtig sein. Juristisch sind sie eher der Stoff für gezieltes Spiel auf Zeit.

Mit dem Frontalangriff auf die Basis des gesamten Projekts, das Rohrleitungsgesetz, schwingen die Kläger nun die ganz große Keule. Dies ist geschickt, denn sollte das Gesetz geprüft und für rechtens befunden werden, bleibt das Fundament der Pipeline zwar bestehen, aber dann lässt sich wieder trefflich über Schweißnähte streiten.

politik@wz-plus.de

Kairos Ideen für den Frieden in Gaza

NAHOSTKONFLIKT Alle hoffen, dass Israelis und Palästinenser dem Kompromissvorschlag Ägyptens bei den Verhandlungen zustimmen.

Gaza/Tel Aviv/Kairo/Rom. Wenige Stunden vor Ablauf einer Waffenruhe zwischen Israel und militanten Palästinensern hat Israel zusätzliche Truppen an die Grenze zum Gazastreifen verlegt. Militante Palästinenser haben Israel unterdessen gestern Abend erstmals seit drei Tagen wieder mit mindestens einer Rakete angegriffen. Polizei und Armee bestätigten den Angriff. Die israelische Delegation bei den indirekten Verhandlungen mit den Palästinensern in Kairo war zuvor zurückgekehrt. Israelische Medien berichteten, es gebe noch keine Einigung über eine Verlängerung der Waffenruhe, die gestern um 23 Uhr endete.

Die israelische Nachrichtenseite „ynet“ berichtete gestern, Ägypten habe den Delegationen beider Seiten einen Vorschlag für eine langfristige Entschärfung des Gaza-Konflikts unterbreitet. Demnach sollten unter anderem Sicherheitskräfte des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas an den Grenzübergängen Israels mit dem Gazastreifen aufgestellt werden. Die Fischereizone im Mittelmeer solle schrittweise auf zwölf Seemeilen ausgeweitet werden.

Die Verhandlungen über ei-

nen See- und Flughafen sowie über die Rückführung der Leichen zweier israelischer Soldaten sollten hingegen um mindestens einen Monat bis zu einem möglichen Ende des Gaza-Kriegs verschoben werden. Zu Beginn des nächsten Jahres solle die Pufferzone im Grenzgebiet zu Israel, die von Palästinensern nicht betreten werden darf, aufgehoben werden. Auch dort sollten später Sicherheitskräfte von Abbas die Kontrolle übernehmen.

Ein explodierender Blindgänger tötete gestern sechs Menschen

Bei der Explosion eines israelischen Blindgängers im Gazastreifen wurden gestern sechs Menschen getötet, darunter zwei Journalisten. Das Außenministerium in Rom bestätigte den Tod des 35-jährigen italienischen Journalisten Simone Camilli, der für die Nachrichtenagentur AP arbeitete. Er war der erste ausländische Journalist, der im Gaza-Krieg getötet wurde. Die anderen Opfer waren ein palästinensischer Journalist sowie vier Bombenentschärfer. Die Experten wollten das Geschoss in offenes Gelände transportieren, um es kontrolliert zu sprengen. Dabei explodierte es. dpa



Der italienische Journalist Simone Camilli starb bei der Explosion eines Blindgängers in Gaza. Foto: Reuters

SONDERTREFFEN

GESPRÄCHE Die EU-Außenminister werden morgen zu einem Sondertreffen in Brüssel zusammenkommen. Auf der Tagesordnung stehen aktuelle außenpolitische Krisenherde wie Irak, die Lage im Gaza-Streifen und die Ukraine, berichteten gestern EU-Diplomaten. Beim Thema Irak wollen die Minister über Waffenlieferungen im Kampf gegen die Terrorgruppe IS sprechen. Zudem wollen die EU-Minister darüber beraten, welche Rolle die EU beim Friedensprozess im Nahen Osten spielen will.

NRW-CDU will starke Finanzämter

VERWALTUNG 24 000 Beschäftigte sorgen für die Einnahmeseite.

Düsseldorf. Die CDU-Opposition im NRW-Landtag mahnt, trotz Haushaltsnöten nicht am falschen Ende zu sparen. „Die Finanzverwaltung als Einnahmeverwaltung unseres Landes muss genügend qualifiziertes Personal haben, um Erfolge der Steuerfahndung auch umzusetzen“, sagt Marcus Optendrenk, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Dafür brauchen wir einen starken Innendienst.“ Durch die Haushaltssperre würden Modernisierungen im IT-Bereich verzögert. „Wir wollen nicht sparen an IT, sondern mit IT.“ Die Finanzverwaltung mit ihren 24 000 Beschäftigten müsse gestärkt werden.

Ein Sprecher von Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) betonte, die Finanzverwaltung sei gut auf die demografischen Herausforderungen eingestellt. Seit Antritt von Rot-Grün sei die Zahl der Ausbildungsplätze für den gehobenen Dienst von 400 auf 590 Stellen gestiegen. Und im mittleren Dienst von 200 auf 310. PK